

REPLIK

2.

auf die

Hauptanträge der Bürger in Kurland.

Wir warten auf dich Herr im Wege deines Rechten;
denn wo dein Recht im Lande geht, da lernen die
Einwohner des Erdbodens Gerechtigkeit. Aber
wenn dem Gottlosen gleich Gnade angeboten wird;
so lernen sie doch nicht Gerechtigkeit, sondern thun
nur übel im Lande. denn sie sehen des Herrn
Herrlichkeit nicht. ESAIA 26, v. 8. 9. 10. 27, v. 1.



WARSCHAU,

gedruckt bey PETER DUKOUR, Königl. Hofrath und
Hof-Buchdrucker, wie auch Direktor der Ka-
detten-Druckerey.



VORREDE.

Sonderbar aber doch wahr, daß man oft nach reifer Ueberlegung genöthigt wird, offenbar wider seine Neigung zu handeln. So hatte ich alles Gezänke und liebe den Frieden über alles; demohingeachtet treibt mich meine Ergebenheit für mein Vaterland an, mich in eine Streitsache zu mischen und über einen Gegenstand, der ein großes Gewicht in Kurlands Glückselig-

VORREDE.

keit hat, mich öffentlich zu erklären.

Meine Absicht aber bey diesen Blättern ist, nur zu zeigen, was den Bürgern in Kurland *nicht* zukomme — was die Gesezze ihnen gestatten, das mögen sie selbst rechtskräftig darthun. In meiner Untersuchung habe ich alles aus unläugbaren Thatfachen und Dokumenten erwiesen; ich habe aus solchen das Ungeheure, Grundlose und Zwekwidrige ihrer Anforderungen gezeigt; wer mich widerlegen will, muß also gleichfalls mit gehörigen Beweisen mir begegnen, und dann kann ich es vielleicht für nöthig finden, noch einmal zu ant-

V O R R E D E.

worten. — Auf leere Deklamationen oder gar Ungezogenheiten aber werde ich nie eine Silbe verlieren.

Man wird meinen Ton hier und da bitter finden; allein man lese die Hauptanträge, man prüfe die darin enthaltenen Unverschämtheiten und beleidigende Ausfälle gegen den Kurischen Adel, und man wird gestehen müssen, daß ich Mäßigung und Bescheidenheit völlig in meiner Gewalt habe.

Abichtlich richtete ich meine Schrift gerade gegen den Konzipienten dieser fameusen Hauptanträge, weil es in Kurland viel edel denkende Bürger giebt, denen es

V O R R E D E.

wehe thun würde, mit Fieberkranken in eine Klasse geworfen zu werden. Unterdeffen mag es Jedem sein eigenes Gefühl sagen, wie viel von dieser Replik für seine Rechnung gehört.

Ich habe als Mitbürger meines Vaterlandes treulich meine Pflicht erfüllt, wenn ich meine Meynung über diesen Bürgerkrieg verlautbaret; damit aber diese gehässigen Blätter nicht auf Rechnung eines Unschuldigen gesetzt werden, mag Jedermann hier meinen Namen lesen.

Johann Ulrich Grotthus.

A U S Z U G

eines Schreibens des Herrn Kammer-
Herrn und Ritters von HEYKING Kurländi-
schen Ritterschafts Delegirten an den
Verfasser.

*I*hre Replik auf die Bürgeranträge habe ich gelesen und mich über die darin enthaltenen wohl ausgeführten Beweise für die unlängbaren Rechte des Adels herzlich gefreut. Ich bin ganz Ihrer Meynung und glaube mit Ihnen, daß die Bewilligung der überspannten bürgerlichen Anforderungen unmittelbar den Umsturz aller adlichen Vorrechte und Prärogativen nach sich ziehen hinfolglich auch die vaterländische Konstitution auf immer zer-



rütten würde. Es ist mir angenehm, daß
Sie, liebster Freund! als Vertreter unserer
Rechte öffentlich aufgetreten sind, weshalb Sie
jeder Kurländer als einen würdigen Patrioten
schätzen muß, und also auch von ganzem
Herzen

Ihr

ewig treuer Freund

HEINRICH KARL VON HEYKING,

REPLIK



R E P L I K

auf die

*Hauptanträge der Bürger in
Kurland.*

I.

Der Hauptantrag dieser Hauptanträge der dem Verfasser wohl vorzüglich am Herzen liegen muß, betrifft den ungewohnten Küzzel, als *gesetzgebendes Mitglied* in den Landtags Versammlungen Siz und Stimme zu haben. Motivirt ist derselbe: 1) durch allgemeine Billigkeit,

A

2) durch die Staats Verfassung Lief-lands vor der Subjektion, und 3) durch Dokumente, die zur Zeit und nach der Subjektion in Kurland rechtskräftig geworden sind.

Erwägen wir nun, daß die Bürger nicht um die Willfährung eines *neuen* Benefiziums, sondern um Herstellung einer *alten Berechtigung* nachsuchen, wenn sie *gesetzgebende Mitglieder* des Staats zu seyn begehren: so haben wir auf den ersten Grund der Billigkeit nichts zu antworten. Es kann viel (*a*) *billig* seyn, was demohngeachtet nicht *rechtlich* ist. *Bil-*

a) Ist es dergestalt nicht *billig*, daß einem Schwäzzer unterfagt werde, das Publikum mit Hirngespinnsten zu äffen; aber weil diese Verbindlichkeit nicht *rechtlich* ist, hat man den Verfasser nicht hindern mögen, seine Hauptanträge in die Presse zu geben,

lige Ansprüche werden erbeten, *rechtliche* durch Rechtsmittel erzwungen, ihr Beweis durch Thatfachen, Dokumente und dergleichen Hülfquellen geführt.

Wir wenden uns daher unmittelbar zu dem zweyten Motiv des Verfassers der *Staats Geschichte Lieflands vor der Unterwerfung*, und folgen hier seinen Fußstapfen um desto sorgfältiger, weil auf diese Untersuchung der Werth oder Unwerth aller dieser Forderungen beruht.

Wo (b) der Verfasser die *wohlgegründete und ausgemachte Wahrheit* gefunden habe, daß die Städte jemals *gesetzgebende Stände* in Liefland gewesen

A 2

b) Auf den blauen Dunst des Herrn von Ziegenhorns hätte sich der Verfasser nicht verlassen sollen, denn der Grund dieses Systems ist ein trüglicher Trieb-

sind, das ist schwer zu errathen. Wenigstens sagen das weder die bekannten Schriftsteller noch die auf uns gekommenen Dokumente der Liefländischen Staats - Geschichte. Im Gegentheil läßt sich ziemlich scharfbeweisen, daß die (c)

sand, auf den kein festes Gebäude aufgeführt werden kann. Selbst die seinem Werke angehängten Extrakte öffentlicher Dokumente sind immer so gestellt, daß die Vorthelle der Bürgerschaft dabey gehörig wahrgenommen werden, das würde der Verfasser selbst eingestehen, wenn er die von ihm angeführten Beweisschriften vollständig und nicht im bloßen Extrakt zu Gesichte bekäme.

- c) Unter Städten, die in Liefland eine beträchtliche Rolle gespielt haben, gehören nur Riga, Revel und Dörpt. Was diesen gebührte war über die Sphäre anderer kleinerer Flekken, was aber jenen mangelte, das konn-

Städte nie als gesetzgebende Stände in Lief-land betrachtet worden sind. Ich sage: Städte, worunter nichts anders als Riga, Revel und Derpt zu verstehen ist; denn dies sind die Einzigen, die in der Lief-ländischen Geschichte als mit-wirkend aufgetreten sind.

Diese beträchtlichen Städte aber waren über alle andere Städtchen Lief-lands eben so sehr erhaben, als es jezt die merkwürdige Olims-Residenz Mien-tau über das elendeste Hakelwerk ist. Sie hatten, auſſerdem, daß sie Haupt-städte großer Provinzen waren, zum Theil noch den eklatanten Vorzug nicht allein sich verschiedener Handlungs-Privilegien großer Monarchen, sondern

A 5

ten sich diese gewis noch viel weniger rühmen.

auch der Genossenschaft des Hanseatischen und Schmalkaldischen Bundes zu erfreuen. Dergestalt nahmen sie in der politischen Lage der Staaten einen wichtigen Platz ein, und hatten rechtmäßige Ansprüche auf Vorzüge, deren sich keine andere Liefländische Stadt rühmen durfte.

Ungeachtet dessen waren selbst diese Städte in Liefland nur subordinirte Mitglieder der zwoten Klasse und haben nie sich als gesetzgebende Stände des Staates qualifizirt. Auf öffentlichen (d)

(d) 1457 und 1482 sind zwar Bürgermeister und Rath der Städte Riga, Reval und Dörpt bey den gemeinschaftlichen Konföderationen des ganzen Landes zugegen gewesen und haben die Dokumente derselben mit unterschrieben. Allein das waren keine Landtage, auf welchen Gesetze abgefaßt wurden, sondern Friedens-

Tagfahrten erschienen städtische Deputirte niemals als Stimmfähige Mitglieder. Die rechtskräftigen Landes-Rezeffe, die vom Stift und Orden abgefaßt worden sind, wurden von keinen städtischen Deputirten unterschrieben. Ja selbst

A 4

Verhandlungen zwischen Partheyen, die mit einander Krieg führten. Die Städte waren damals mächtig genug mit ihren Herren sich zu raufen und diese Rebellion mußte durch gütliche Vergleichung beygelegt werden, weil die Obrigkeit nicht mächtig war, sie gesetzlich zu Paaren zu treiben. Hieraus folgt aber nicht, daß die Städte die gesetzgebende Gewalt besaßen hätten; sie selbst haben sich das nie in den Sinn kommen lassen, da selbst in den erwähnten Vergleichen, wo sie gewiß alle städtische Privilegien in Ansehen zu erhalten suchten, dieses Vorrechts mit keiner Silbe gedacht wird.

1424 wird unter den sämtlichen geistlichen und weltlichen Ständen kein Stadtbürger verzeichnet.

Riga (e) hat seit seiner ersten Stiftung allezeit unter Bothmäßigkeit, entweder des Erzbischofs oder des Landmeisters, oder beyder zugleich gestanden. Die Stadt huldigte jederzeit einem Herrn, der ihr nach Beschaffenheit der Umstände Privilegien gab oder nahm.

(e) Wir dürfen es wohl für zureichend halten, wenn wir auch nur von der Stadt Riga erweisen können, daß sie kein gesetzgebender Stand des Liefländischen Staats gewesen ist. Darum werden wir auch keine Mühe dran verschwenden, von andern Städten Lieflands ähnliche Beweise aufzuspüren. Wer dazu Lust hat, wird in den Jahrbüchern dieses Staats solche häufig genug antreffen, wenn er mit aufrichtiger Unpartheylichkeit darin forschen will.

Merkwürdige Beyspiele davon sind der sogenannte *Sühne*- und der *nakkende Brief* von 1330, und der *Kirchholmer Vertrag* von 1452, die beyde von der unlängbaren Herrschaft des Regenten zeugen. 1347 machte sich die Stadt Riga anheischig an das Schloß daselbst jährlich hundert Mark Tribut zu zahlen, und 1455 berichtigte der Erzbischof durch einen Vergleich die Stadtmark mit den Gränzen der Rigischen Probstey, ohne einen Bürger dabey zu Rathe zu ziehen. Wegen eines begangenen Uebermuths am Landmeister wurde die Stadt in zwölf Mark Strafgeld verurtheilt, wovon ihr sechs Mark im Jahre 1426 in Gnaden erlassen wurden. Alle diese wahren Geschichtsfacta beweisen zur Gnüge, daß die Stadt niemals einen selbstständigen Stand im Staate formirt, daß vielmehr Erzstift und Orden allein die gesetzgebenden Stände Lieflands gewesen sind,

unter deren unmittelbaren Herrschaft und Bothmässigkeit sich Riga allezeit befunden hat.

Würde man aber auch erweisen können, daß Riga alle Vorrechte eines gesetzgebenden Standes in Liefland ausgeübt hätte: so müßte man wirklich doch einen halsbrechenden Sprung wagen, von ihren Gerechtsamen, auf die Vorrechte der Hakelwerke und Flekken in Kurland einen Schluss zu machen. Riga war keine bloße Bürger-Stadt. Ein Theil ihrer regierenden Mitglieder bestand aus Edelleuten, der Vogt ward vom Regenten ernannt oder bestätigt und war gemeinhin von Adel, und im Verzeichnisse ihrer Magistrats-Personen sind noch blühende adliche Geschlechter verzeichnet. Eine Stadt also, die unter ihre eigentliche Mitglieder viele Ritterschaftliche Familien zählte, konnte immer mit Privilegien versehen seyn, die

andern kleinern Städten durchaus nicht gebühren.

Wenn also kein Beweis aufzufinden ist, daß die Städte in Liefland jemals gesetzgebende Stände gewesen sind: so scheint es unverschämt und ein wenig zu kek, wenn der Verfasser der Hauptanträge ins Gelach herein behauptet, teutsche Bürger haben mit dem *nur zur (f) Hülfe* gekommenen Adel die Staatsver-

(f) Die Distinkzion ist merkwürdig, daß der Adel den schon in Liefland possessionirten Bürger *nur zur Hülfe* gekommen, und also von ihm in Gnaden als Mitstand des Staates recipirt worden ist; das gehört wohl zu den Fabelchens, an welchen es in den Hauptanträgen nicht mangelt. Indessen rechtfertigen doch solche Wendungen zur Herabsezzung einer Hochwohlgebohrnen Ritter- und Landschaft, die der Hochedelgebohrne Verfasser nur schlechtweg Wohlgebohrne zu nennen

fassung Lieflands errichtet; wenn er es für eine wohlgegründete ausgemachte Wahrheit an den Mann zu bringen sucht, die derbe Unwahrheit, daß vor der Unterwerfung die Städte als gesetzgebende Stände an landtäglichen Verhandlungen Theil genommen, und daß daher das Gesuch des Bürgerstandes — im ersten Hauptantrage enthaltend — nicht auf ein neues Recht, sondern auf Herstellung einer alten Berechtigung abzwecke.

Der Herr Verfasser mag es uns also nicht übel auslegen, daß wir seine uralte Gerechtsame der jugendlichen Reize

beliebt, das Beywort: *unbescheiden*, womit wir den Ton des Verfassers zu charakterisiren uns gemüßigt gesehen. Wenn auch in der Suplik an den Herzog das Wolgebohrne anpassend ist, so wird es doch in den für die Landschaft bestimmten *Déliberationen* höchst *unschicklich*.

nicht berauben lassen, sondern es für eine ganz neu erfundene Prätenſion erklären, wenn die Städte nicht allein an allen landtäglichen Verhandlungen Theil nehmen, sondern auch wie adliche Kirchspiele konvoziert und zur Ablegung der Kurialien an die Landesherrschaft berechtigt seyn wollen.

Wenn aber des Herrn Verfassers Behauptung: *Bürger waren schon vor Subjekzions - Zeiten Landes - Stände*, über den Haufen fällt, wie wird es denn mit seinen übrigen Argumenten für den Bürger und wider den Ritterstand aussehen? Sehr beklagungswürdig, wie mich dünkt. Zum mindesten ist der Haupt-Sillogism des Verfassers, auf den er sich am meisten zu verlassen scheint, in großer Lebensgefahr. Er sagt nämlich: da allen Einwohnern durch die Unterwerfungsverträge ihre *gehabten Vorrechte* bestätigt sind, und in Liefland die Städte gesetzgebende Landesstände waren: so sind

sie es auch nach der Subjekzion in Kurland geblieben. Dieser Schluss aber kann nicht eher gelten, bis der Verfasser den Mittelsatz wahr macht, dessen Ungrund aus der Geschichte selbst zur Gänze erwiesen worden. Sein Schulgerechter Folgesatz also beweiset nichts von dem, das der Verfasser ihm andichten will, wohl aber das Gegentheil, mithin ist es dem Verfasser sehr zu rathen, sich auf festem Boden Grund zu verschaffen.

Doch ich irre mich — der Herr Verfasser hat eine andere Retirade, hinter welcher er seine Zuflucht nimmt. Die Unterwerfungs Verträge haben ja die Vermehrung aller Vorrechte sämtlichen Einwohnern versichert, folglich könnten auch die Bürger durch solche zu Freyheiten gelangt seyn, die ihnen bisher fehlten? Dieser Einfall hat in der That etwas Wahrscheinliches: nur zu bedauern ist es, daß ein Umstand demselben zuwider ist.

Die Städte, sowohl in Kurland als selbst in Liefland haben laut dem Zeugnisse aller Schriftsteller 1561 bey dem Reichstage in Vilna, wo das Subjekzions-Werk völlig zu Stande kam, keine Bevollmächtigte, keine Abgeordnete gehabt; mithin haben sie selbst nicht unmittelbar wegen der Unterwerfung mit Polen kontrahirt. Zu dieser großen Reform der Liefländischen Staats-Verfassung sind in Vilna keine andere handelnde Personen von Seiten Lieflands zugegen gewesen, als der Erzbischof Wilhelm, Gotthard Kettler, und die Landes Bevollmächtigten, deren Instrukzion vom hohen und gemeinen Adel unterschrieben war. Das sind die einzigen Mitglieder der Liefländischen Staaten, welche die Unterwerfung an Polen in Vilna beschloffen, Kurland seine neue Lehnsform gegeben und die Sicherheit der Privilegien und Freyheiten aller Einwohner dieser Lande durch ewig

geltende Dokumente besorgt haben. Ihnen, als den Repräsentanten des ganzen Landes, leistete der König die eidliche Zusage der oberherrschaftlichen Beschüzzung; so wie sie hinwiederum im Namen aller Einwohner Lieflands dem Könige den Eid der Treue ablegten. Kein Liefländischer, kein Kurischer Bürger ist bey dieser feyerlichen Handlung als Theilnehmer in den Jahrbüchern aufgezeichnet. Es scheint also, dass man die Städte damals eben so betrachtet habe, als drittehalb hundert Jahre nach der Subjekzion, nämlich als subordinirte Staats-Glieder, die Gesetze empfangen, von Gesetzen beschützt werden, aber keine Gesetze geben.

Man kann sich zur Widerlegung dieser unserer Behauptung wohl auf die Unterhandlungen des Fürsten Radziwilt mit der Stadt Riga berufen, von welcher seine erste Kauzion einen unläugbaren

Be-

Beweis giebt; aber diese geht keinem Menschen in der Welt weiter an, als der Stadt Riga allein, und kann auf keine Weise zum Besten der Kurischen Bürgerschaft ausgelegt werden.

Ein anderer scheinbarer Einwurf wider unsere Meynung liegt in den Unterwerfungs-Pakten selbst, die buchstäblich sagen, daß die Abgeordneten der Städte mit kontrahirt haben. Allein hier sind wohl die Deputirte der Ritterschaft als Bevollmächtigte *aller* Einwohner überhaupt angesehen worden, weil es eine Staats-Veränderung betraf, die allen Einwohnern eine neue politische Existenz gab. Wirklich ist es unbegreiflich, daß, wenn bürgerliche Deputirte 1561 in Vilna gegenwärtig gewesen und mit als Haupt-Personen agirt haben, solcher von keinem Schriftsteller weder überhaupt noch namentlich gedacht wird, welches doch der sonst

sehr umständliche und auf Bürgerrechte sehr eifersüchtige Arndt sicherlich nicht unterlassen hätte.

Warum sollten aber auch die Bevollmächtigten der Ritterschaft nicht vermögend gewesen seyn *allein* das Subjekzions-Werk auszuführen, da sie doch die einzigen Befizzer und (g) Regenten in Liefland waren? Wenn sie Esthland, das sich selbst einer fremden Macht unterworfen, wider seinen Willen und ohne seine Einwilligung an Polen vergeben durften; wie das Un-

(g) Man wundere sich über das Wort *Regenten* nicht. Der Heermeister war doch Herr des Landes nur vermöge seiner *adlichen* Geburt, der Erzbischof nicht minder; und aus welchem Blut entspringen alle Fürsten der Welt? — Wenn hohe Geburt auch kein persönliches *Verdienst* giebt, so ist sie doch mit achtungswürdigen Gerechtsamen verknüpft.

terwerfungs-Paktum besagt: so konnten sie ja mit mehrerm Rechte über Städte disponiren, die ihrer eigenthümlichen Herrschaft unterworfen waren.

Ueberdem muß man den Umstand ja nicht aus der Acht lassen, daß die Unterwerfungs Dokumente *Stände von Städten* in jeglicher Stelle genau von einander unterscheiden. Schon diese Sorgfalt beweist, daß Polen selbst die Städte nicht als Stände, viel weniger als gesetzgebende Stände angesehen hat. Hätte man sie als solche betrachtet, so würde man schlechtweg sämtliche Stände von Liefland gesagt haben. So aber, dieweil allen Einwohnern eine neue Existenz durch die Subjekzion ertheilt wurde und derohalben alle namentlich aufgeführt werden mußten, setzte man schon mit weiser Vorsichtigkeit durch diese Fundamental Gesetze den Unter-

schied zwischen Ständen und Städten fest.

Wenn man endlich auch das Unwahre annehmen und die Verhandlungen der Stadt Riga zum Troste der Kurischen Bürgerschaft auch auf sie ausdehnen wollte; so könnten sie um so weniger die Vorrechte, die in den Subjekzions-Pakten sie zu ihrem Wohl zu finden glauben, auf sich deuten, da es ein unleugbares Faktum ist, daß Riga sich zwanzig Jahre wider Annehmung der Unterwerfung an Polen gesträubt, und erst nach Verfließung dieser Zeit den völligen Subjekzions-Eid dem Königreiche geleistet hat. Sehen also die Kurischen Bürger Riga als ihre Stellvertreterin an: so haben sie an den Unterwerfungs-Verträgen keinen Antheil, weil solche von jenen nicht akzeptirt worden. Wie reimt sich das aber mit der unzweifelhaften Herrschaft, die die ge-

gesetzgebende Stände Kurlands über ihre Städte gleich nach der Subjekzion, so wie vor derselben, ohne Widerrede ausgeübt haben? Sollten denn die ersten eingebornen Bürger des *Herzogthums* Kurland nicht eben so viel Gefühl für ihre Freyheiten, und nicht eben so guten Willen diese zu vertheidigen gehabt haben, als die jeztlebenden Mitglieder dieses Standes, die keine Kunstgriffe sparen ihre Vorrechte über die Gebühr auszudehnen.

Nach obiger Untersuchung scheinen die Unterwerfungs-Verträge den Bürgern nur in so fern zu statten zu kommen, als sie Unterthanen eines Staates sind, dessen gesetzgebende Stände, Form und Ordnung desselben, von Anbeginn an eingerichtet haben, und mit Gottes Hülfe immer *allein* einrichten werden, wenn der Verfasser auch Legionen auf-

wiegeln könnte, sich Ihnen mit aller Macht zu widersezzen.

Begreifen kann ich's nicht, durch welche Zaubermittel wenig unruhige Köpfe den Geist des Unfriedens über die Bürger gebracht und ihre sogenannte Union, die einer Verschwörung weit mehr ähnlich sieht, so vollständig in die Wege geleitet haben, daß selbst die Priester, nachdem sie das Liebesmahl Christi mit sanftem Anstande auspendeten, ihre geweihten Namen unter das kriegerische Bündniß zu sezzen, kein Bedenken trugen. Allein das weis ich wohl, daß des Verfassers philosophisch statistisches Raisonnement gewiß so viel aufgeklärte Bürger nicht hat übertölpeln können. Man höre doch den Verfasser und erstaune über die tiefe Weisheit desselben.

„ Kein Staat kann blühen, der dem Bürgerstande nicht Gesetzgebung ein-

„räumt.“ — Der Verfasser macht durch diesen Satz den mehresten Reichen, insbesondere den Monarchien einen lebhaften Vorwurf. Ich sollte doch denken, daß Preussen ein Staat sey, von dessen Wohlfahrt jedermann überzeugt seyn müßte, ohngeachtet daselbst Bürger keine Gesezze geben. Fiel dem Verfasser nicht Rußland ein, nicht dieser mächtige Nachbar, der ohne Bürger-Einfluss seine so ausgebreiteten Länder mit Ruhm beherrscht. England und Holland blühen nicht sowohl durch ihre Verehrung des Bürgerstandes, sondern durch die Gleichheit aller Stände, durch die völlig republikanische Verfassung dieser Staaten. Der Bauer, welcher in allen Staaten den größten Theil der Nation ausmacht, und in diesen mit allen andern Ständen gleiche Vorzüge hat, giebt eigentlich den Ausschlag für ihren

ausgezeichneten Wohlstand. Und rechnet der Verfasser die glückliche Situation dieser Staaten, die den Handel von allen vier Welttheilen durch ihre Hände gehen lassen, in Ansehung ihres Wohlstandes für nichts? Vielleicht hätte ihre Konstitution sie nicht für den Verfall gesichert, wenn die grossen Hülfquellen des Handels ihnen gemangelt hätten. Wenn aber Amerika dem Verfasser so beneidenswerth scheint, so ist ihm die Lage desselben sehr unbekannt. Vielleicht werden noch Jahrhunderte vergehen, ehe dieser Staat die vermeynte kolossalische Höhe der Glückseligkeit erreichen wird; vielleicht weinen noch drey Theile von Nordamerika über die unfeliche Trennung vom Mutterlande, die Anfangs auch nichts weiter als eine Bürger Kabbale war. Mit Frankreichs Exempel hätte der Verfasser aber vor allen Dingen zurückhalten sollen, wenn er

feines Gefühl hätte. Oder wollte er etwa der Kurischen Ritterschaft die Laternen-Pfosten in Paris freundschaftlich zu Gemüthe führen?

Auch gefällt es dem Verfasser zu behaupten: „der Trieb zur Ansiedelung „und zur Einführung nützlicher Gewerbe werde beym Kurischen Bürger „nur deswegen erstikt, weil er nicht „Gesetze geben darf.“ Umgekehrt scheint der Saz wahrer zu seyn: dem Verfasser sey die Lust zu landtagen angewandelt, weil er für Langerweile nicht weis was er thun soll. Allein ehe er diesen Gedanken bis zum ernsthaften Wunsche in seiner Seele zu reifen, erlaubte, hätte er zwischen der Landschaft und sich zuvor eine kleine Parallele ziehen müssen. Oder glaubt er, dafs es der Ritterschaft nicht zum Nachtheil gereichte, wenn sie zum Beyspiel mit dem Verfasser das Tribunal der Gesetzgebung

hegte, und in dem Moment gezwungen würde, ihn, ihren ehrwürdigen Kollegen, auf Requisition einer benachbarten Macht als einen Läufling extradiren zu müssen. Das wäre doch eine fatale Kollision, in der sich die Landschaft mit den gegenwärtigen Bürgern in Kurland gar oft befinden würde, da der bey weitem größte Theil derselben aus Fremdlingen besteht, die zum Theil aus ihrem Vaterlande entwichen sind.

Wie wenig diesen das Wohl des Staates am Herzen liegen würde, läßt sich aus ihrer Gleichgültigkeit gegen ihr wahres Vaterland schon schliessen. Ihr Grundsatz: *ubi bene, ibi patria*, ist mit acht republikanischen Gesinnungen ganz unverträglich, und daher hat man nicht Unrecht zu behaupten, Kurland würde sehr weise handeln, nach eben dem Maasse wie es seine Gränzen für fremde Edelleute verschliesst, auch auslän-

dischen Bürgern den Eingang ins Vaterland zu wehren; denn der Flor des Landes hängt von ganz andern Ursachen ab, als dem Verstande des Herrn Verfassers vorschweben. Seine Staatswirthschaftlichen Kenntnisse sind, aufrichtig gesagt, eben so flach, als seine Historienkunde von Liefland.

Kurlands Wohlfahrt beruht nicht auf der Grösse der Volksmenge. — Richtige Proportion zwischen dem anzubauenden Lande und seine Einwohner, und Maasregeln, die verhindern, daß die Nation nicht durch fremde Sprösslinge von ihrer ungekünstelten einfachen Lebensweise ausarten könne, — das sind die Quellen von Kurlands Wohlstand. Jeglicher Staat, der bloß vom Akkerbau lebt — an guten Sitten und wahrer Zufriedenheit gewiß einer der glücklichsten — bedarf nur so viel Menschen, als zur vernünftigen, nicht einmal raffinir-

ten Kultur der Gotteserde erforderlich sind. Nur dann, wenn die Nation zu volkreich wird, und der Akkerbau nicht groß genug ist, alle Hände mit Pflügen und Säen zu beschäftigen, werden Fabriken und Manufakturen dem Staate unentbehrlich. Die oft wiedergekaueten Klagen also über den Mangel an Manufakturen in Kurland sind sehr überflüssig und zeugen deutlich genug von den eingeschränkten Begriffen solcher Politiker. Erfahrungen haben manchen unternehmenden Kopf zu seinem Schaden gelehrt, daß der hohe Tagelohn allein bey uns allen Nuzzen von Fabriken aufzehrt, und daß ohne Fabriken doch Kurland seine Einwohner reichlich ernährt. Wem ist sonst, beym gänzlichen Mangel aller öffentlichen Polizey, die allgemeine Sicherheit im Lande zu danken, als dem Ueberflusse. Wenn also dadurch, daß den Bürgern die Erlaubniß zu landta-

gen gegeben wird, nichts weiter als Fabriken und Manufakturen gewonnen würden, so ist es keinesweges rathsam, dies Gesez zu machen.

Kleine Republiken, die in der politischen Waagschaale von Europa auch keines Sandkorns schwer wiegen, müssen durchaus fremden Nationen den Zugang zu ihren väterlichen Aekkern ersparen, weil sie keine Söldner bey den menschlichen Fleischscharren anzustellen gezwungen sind, und weil die Sitten einer ländlichen Republik in höchster Reinigkeit und Simplicität erhalten werden müssen, welches aber bey der Mischung mit Ausländern nicht möglich ist. Noch denke ich mit Rührung an die patriarchalische Einfalt der Lebensart unserer Väter, von der ich in meiner Kindheit, tief auf dem Lande, nur noch ein schwaches Nachbild gesehen habe. Da, als noch Wort und Handschlag kräftigere

Dokumente waren, als jetzt koroborirte Handſchriften, hatte noch kein ausländiſcher Fürſt den verderbten Geſchmak an Prunk und modiſcher Freyheit eingeführt, — aber jezt, — wer ſeufzet nicht heuer unter dem ſchweren Joche eines gewiſſen eingeriſſenen Luxus, der zur Empfehlung eines ordentlichen Mannes gegenwärtig dringender gefordert wird, als Rechtschaffenheit. Leichtſinniger Weiſe Schulden kontrahiren, die man nicht bezahlen kann, das wird in unſern Zeiten in die Klaſſe von honorablen Unglücksfällen geſetzt, die jedem ehrlichen Kerl begegnen können; aber wenn hingegen ein redlicher Mann ſich einſchränkt und an überflüſſigem Staate knaufert, um ſeine dürftigen Umſtände zu verbeſſern und Jedermann gerecht zu werden: ſo kann er auf Achtung in der Welt keinen Anſpruch machen. Dieſe Verderbniß unſerer Sitten aber ent-

springt einzig und allein aus der Verschwendung, von der uns die städtischen Einwohner so seltene Beyspiele geben. In den Häusern mancher Mitauischen Bürger sieht man gewiss mehr Aufwand und Ueppigkeit als beym reichsten Landedelmann. Wer kann Tausende zu Bildergallerien aufopfern und doch reich seyn? In Kurland ist gewiss niemanden diese Wollust aufbehalten als dem Advokaten.

Der Luxus ist bey uns um so nachtheiliger, jemehr dadurch für fremde Waaren baares Geld aus dem Lande geht. Indessen giebt auch dieser einen lebhaften Beweis von dem segensreichen Glück unserer Staats Verfassung. Wir zahlen dem Ausländer jährlich grosse Summen für die Mühe, die von uns erhaltenen rohen Materialien zu Spielwerken der Mode umzuarbeiten, das ist wahr: aber demohngeachtet ist in korn-

reichen Jahren genung baares Geld in Kurland im Umlauf, das aber durch ein unvermeidliches Schiksal nach und nach in die Spaarbüchsen der Rechtsgelehrten aufgesamlet wird.

Je gewisser aber und je reicher die Aerndte des Bürgerstandes ist, der in Kurland einzig und allein von den Vortheilen lebt und reich wird, die Er vom Edelmann erhält, desto auffallender ist die Klage des Verfassers über Beeinträchtigungen, über Verletzungen der bürgerlichen Gerechtsame durch die Ritterschaft. Es kann wohl seyn, daß der Verfasser empfindliche Schmerzen leiden muß, über die vergebliche Hoffnung, auf der Landbotenstube seine Rednertalente geltend zu machen; — es ist allerdings ärgerlich, unbemerkt im Mittelstande eingezwängt zu seyn, wenn man sein nobles Gemüth zu gröfseren Wirkungskreisen berufen fühlt. — Allein

dafs die Ritterschaft auſſerdem noch dem Verfaſſer oder dem Bürgerſtande Schmerzen verurſacht habe, dafs weis ich wahrhaftig nicht. Im Gegentheil ſind mir unzählliche Fälle bekannt, in welchen die Landſchaft mit völliger Aufopferung ihres Privatnuzzens, für die unſtrittigen Gerechtfame der Bürgerſchaft väterliche Sorge getragen und ſie wider alle Verſuche des Deſpotismus in Schutz genommen hat.

Iſt aber endlich Ritter- und Landſchaft ſo unglücklich, zu Folge ſeiner Kardinal Geſetze und Grund-Verfaſſung, die *brauchbaren und tüchtigen* Mitglieder, die der Herr Verfaſſer ſo liebenswürdig ſchildert, bey ihren Landtags-Verhandlungen entbehren zu müſſen: ſo wird ſie auch klug genug ſeyn, ſich in ihr unvermeidliches Schickſaal geſaſſen zu ergeben. Vielleicht kann ſie auch darin Beruhigung und Troſt finden, dafs

ſie ſelbſt auch noch nicht ganz von brauchbaren tüchtigen Mitgliedern entblößt iſt; daß ſie ſchon mehr als zweyhundert Jahre ohne bürgerliche Mitglieder an der Geſetzgebung gearbeitet und darin menſchlicher Weiſe ziemlich gut reüffirt iſt; daß vielleicht jene Lieblinge des Verfaßers auch Menſchen ſind, die irren können, und mit ihren Wiſſenſchaften, nicht immer zum Beſten des Staates arbeiten, und daß endlich Ritter- und Landſchaft, wenn die Bürger, die ſie in die Landes Verſammlung aufnehmen ſollen, alle ſo viel von Kurlands Staats-Geſchichte und Staats Recht erlernt haben, als ihr Verfechter, die traurige Mühwaltung auf ſich nehmen müßte, die Herren erſt in die Schule zu ſchikken. Denn dieſer Sachwalter der Bürgerschaft hat ſich und ſeine Klienten jämmerlich bloß gegeben. Und ſo ein in unſerer

Staats Verfassung unerfahrener Fremd-
ling darf ungescheut den äufferst schimf-
lichen Ausspruch thun: „*die Gesezze, die*
„*Bürger in Vortrag brächten, würden erst*
„*künftig Kurland Ehre machen, würden*
„*erst die Glückseeligkeit des Landes*
„*befördern?*“ Darf man Euch, ihr
Edlen des Landes, solche Ungezogen-
heiten ungestraft ins Gesicht sagen? —
Wer maafst sich's an, euren guten Na-
men zu beflecken, und eure öffentliche
Landesbeschlüsse für Dinge zu erklären,
die dem Staate *keine* Ehre machen, und
seine Glückseeligkeit *nicht* befördern?
Wer macht euch den beleidigenden Vor-
wurf, daß ihr über Leben, Ehre und
Vermögen der Bürger nachtheilig dispo-
nirt? daß die Gesezze des Landes von
euch nicht befolgt werden? daß die
bürgerlichen Gerechtsame durch euch die
größten Schmälerungen erleiden? —
Wer darf das alles mit gränzenloser Un-

verschämtheit zu eurer Deliberation in die Kirchspiele herumschicken? — Nur der Verfasser der bürgerlichen Hauptanträge darf das. — Mein Gott! was darf er dann nicht?

II.

Bey dem zweyten Hauptantrage werden wir, Gott Lob! viel kürzer seyn können, da er einen Gegenstand betrifft, der schon mehrmalen in unsern Landes-Versammlungen behandelt worden ist. Die Schäumer und Bönhaafen sind oft und vielmals Ursachen hartnäckiger Zänkereyen gewesen, ohne daß darüber jemals mit Ernst ein endlicher Beschluß abgefaßt worden wäre.

Ueberhaupt aber wäre es vielleicht nützlich Niemanden von dem Vorrechte, Bürger werden zu können, auszuschließen. Keine Nazion, kein Glaube, keine Her-

kunft sey hiezu (*h*) hinderlich, — Der Jude, der Türke, wie der Christ, mö-

(*h*) Man beschuldige mich hiebey keines inkonsequenten Widerspruchs, wenn ich oben die Fremden von Kurland entfernt und hier wieder alle Nationen aufgenommen wissen will. Was dem Staate, als einer bloß ökonomischen Republik heilsam wäre, das kann ihm in Betracht seines Kommerziums schädlich seyn. Der Handel gewinnt durch Freyheit und äufferst mögliche Ausbreitung allezeit; aber ob jeder Staat durch weitumfassenden Handel gewinne, das ist eine andere Frage, die zu beantworten hier nicht der Ort ist. Ohne unterdessen die Sache zu entscheiden, so ist's doch eine bedenkliche Wahrheit, daß Kurland bey Herzog Jakobs großen Handlungs Planen nicht reicher ward, wozu aber freylich andere damit kollidirende Umstände das Ihrige beygetragen haben.

gen gleiche Ansprüche haben, Bürger in Kurland zu seyn, wenn sie die damit verknüpften Bedingungen erfüllen. Solche Anordnungen würden das Kommerzwesen blühend machen, sie würden der Betriebsamkeit neuen Schwung geben, sie würden die erschlafte Thätigkeit des Handels mit neuer Spannkraft beleben.

Daneben ist es gerecht und nothwendig, daß für die Sicherheit der Forderungen gesorgt werde, die dem Kaufmanne und Handwerker aus dem gegebenen Kredit vom Adel billiger Weise gebühren. Es ist wahr, daß nach der einmal gemachten Einrichtung im Lande der Bürger dem Edelmann auf Termin verkaufen muß, weil letzterer nicht allein erst nach der Aerndte baar Geld in die Hände bekommt, sondern auch oft in den Handlungs-Städten an den Kaufmann auf Sicht verkaufen muß, um seine Gefälle vortheilhafter zu veräußern. Wenn nun aber der Kaufmann auf den

Zahlungs - Termin nicht befriedigt wird: so läuft er Gefahr von seinen Gläubigern plötzlich zu Grunde gerichtet zu werden. Derohalben wäre der Vorschlag zu prüfen, ob man nicht den Kaufmanns-Rechnungen nach ihrem Alter den Werth von Handschriften ertheilen könnte, unter den Bedingungen, daß erstlich die Gesetze der Mishandlung unbesonnener Verschwender vorbeugen, zweytens die Rechnungen vom Schuldner entweder unterschrieben, oder durch Empfangscheine beglaubigt, und drittens gerichtlich aktivirt seyn müßten. Solche Rechnungen müßten in die Klassifikation der Gläubiger mit andern Handschriften nach ihrem Alter eingetragen, aber deshalb in den kompetirenden Instanzbüchern verzeichnet seyn, damit sie dergestalt zur Wissenschaft dessen gelangen können, der dem Schuldner ein Darlehn anvertrauen will.

Wenn auf solche Weise für die Sicherheit des Gläubigers gesorgt wird, so müßte der Kaufmann auch gesetzlich verbunden werden, seine Waaren nicht mit unmäßigen Vorthail an den Mann zu bringen, welches vielleicht nicht ganz so schwierig ist, als es beym ersten Anblik scheint.

. Enthalten diese Vorschläge alles, was der zweete Hauptantrag begehrt (denn bekennen muß ich's, daß ich die absichtsvolle Dunkelheit des Verfassers nicht durchdringen kann) so wäre was den Handel betrifft, darin nichts unbilliges. Ist aber mit demselben auf eine Handlungszunft gemünzt, die jeden, der nicht als Kaufmann ausgedient hat, vom Kommerz ausschließet, so ist diese Forderung desto verwerflicher, je unumstößlicher das Kurische Kardinal Gesetz ist, daß der Adel in den Städten Gast mit Gast

frey handeln darf, und je wahrer der Grundsatz aller aufgeklärten und erfahrenen Staatswirthe ist, daß alle Gattungen von Monopoliën den Handel zu Grunde richten. Warlich je freyer der Handel ist, je mehr Menschen daran Theil nehmen, desto blühender ist er. Wahr ist es, daß dann einzelne Kaufleute — Wechsler und Kommissarien ausgenommen — nicht leicht Veranlassung finden, ungeheure Reichthümer aufzuhäufen, allein im Ganzen ist dann doch der Handel beträchtlicher, mehr Einwohner werden durch ihn beschäftigt, und, obgleich kein Krösus unter ihnen aufsteht, wird der Wohlstand im Lande doch allgemeiner. Ein beträchtlicher Nuzzen für jeden Staat, der, wie Kurland, einen Aktivhandel führt. (i)

(i) Es mag freylich manchen wunderlich scheinen, wie Kurland ohne alle

Da endlich dem hellsehenden Auge des Verfassers die Bemerkung nicht entgangen, wie die fremden im Lande hausirenden Kaufleute, spottend über unsere schlechte Staats- Wirthschaft, das hier erworbene Geld ihrem Vaterlande zuschleppen: so müssen wir bekennen, daß wir das zu beobachten keine Gelegenheit gehabt haben. Aber das sahen

Fabriken einen Aktivhandel haben könne; indessen ist's doch unläugbar und zugleich ein trefflicher Beweis von unserm gesegneten Akkerbau, der mit jedem Lande um den Vorzug streitet, Kurland könnte auch ohne seine ergiebige Oekonomie dem allgemeinen Bankrotte auf keine Weise entgehen, wie der traurige Miswachs in den letzten fünf Jahren zur Gnüge an den Tag gelegt, indem der durch denselben steigende Mangel an baarem Gelde einen grossen Theil wohlhabender Güterbesitzer zu Grunde gerichtet hat.

wir öfters, daß Advokaten triumphirend hohnlachten über die fromme vertrauliche Einfalt, mit welcher der Edelmann ihre juristische Mishandlungen für aufrichtig gemeinte Liebesdienste hält und sie dafür mit Wohlthaten überschüttet. Ist jener Spott *undankbar*: so verdient dieser *teufelisch* genannt zu werden; denn wer die Schwäche seines Mitmenschen sich hinterlistig zu Nuzze macht und dann hinterdrein über seine Pfliffigkeit noch Jubellieder anstimmt: was ist der? — Ein guter Geist wahrhaftig nicht! Doch auch wir fühlen die Wahrheit, daß der Spott ansteckend ist, weil wir uns eines kleinen mitleidigen spöttischen Lächelns nicht erwehren können, über den anmaaßlichen entscheidenden Ton, mit welchen der Herr Verfasser die *schlüssliche Festsetzung öffentlicher Landes-Gesetze mit zu bewirken* wünscht. Wie er zu dieser Mitwirkung komme, das ist

leicht zu errathen. Im ersten Antrage hat er sich einen Sessel in die Landbotenstube getragen, im zweeten sitzt er auf demselben schon fest wie angenagelt, und im dritten wird er wahrscheinlich die Ritterschaft aus derselben herausjagen. Wenigstens sind die Forderungen des dritten Antrages übermäfsig genug, um auch noch diesen letzten Schritt von ihm erwarten zu dürfen.

III.

Er glaubt nämlich, der Bürgerschaft in Kurland, oder den Städten gebühre aus den Grund-Gesezen das volle Recht auf alle *Landes-Chargen und Würden* ohne Ausnahme; doch opfert er nach seiner angebohrnen Großmuth seine unbestreitbare Gerechtsame auf für das ausschließende Recht auf alle Aemter, die zur Zeit von Bürgern verwaltet wer-

den. Die Theilung ist wahrhaftig christlich, und wir können's nicht bergen, daß wir uns über die Nachgiebigkeit höchlich verwundern müssen. Denn wenn der Herr Verfasser einmal als Exzellenz mit der Ritterschaft traktiren möchte — nicht wahr? es müßte ihn allerliebft kleiden. Nein! seine Ansprüche auf Ober-Rathsstellen gebe er durchaus nicht auf, wenigstens nicht eher bis man ihn sonnenklar überführt hat, daß auch auf die Vorzüge, die er dem Bürger allein reserviren will, der Adel das Näherrecht habe. Das wäre freylich schlimm, wenn das sich beweisen liefs.

„ Die Heermeister haben die Berechtigung gehabt, “ sagt der Verfasser, „ außer Ordenswürden und Chargen, „ alle Aemter willkührlich mit tauglichen (warum nicht auch untauglichen?) Subjekten zu besorgen.“

Herzlich gern wollen wir ihm das zugeben. Wer hätte auch den Heermeister so einschränken und ihn zwingen wollen, seine Privatdiener erst auf Wahl und Präsentation der Ritterschaft engagiren zu können. Auch konnte es ja dem Lande ziemlich gleichgültig seyn, wer dem Heermeister die kleinen Handreichungen that, seinen Kopf kämmte, seine Stiefeln putzte, seine Briefe schrieb oder seine Erb-Bauern nach der Karbatsche tanzen liefs. Aber die Regierungs-Geschäfte, die Ordens-Angelegenheiten, die Richterstühle, die Staats-Finanzen verwalteten nur Subjekte, die zu ihren respektiven Aemtern der freye Adel erwählte und gemeinschaftlich mit dem Heermeister bestellte.

Die Räte des Heermeisters waren auch nichts weiter als Privatdiener des Fürsten. Sie besorgten, ohne Theil an der Regierung zu nehmen, nur das be-

sondere Interesse ihres Herrn, und es ist kein Beyspiel aufzufinden, daß ein Heermeisterlicher Rath im Ordens Kapitel Siz und Stimme exerzirt habe. Henning selbst, auf den man sich immerfort berufen hat, war bey aller seiner Geschäftsführung niemals von der Ritterschaft bevollmächtigt, sondern handelte bey mehrern Gesandtschaften nur im Namen seines Herrn. Selbst bey der Subjekzion, ohngeachtet er in Wilna gegenwärtig war, hat er doch keinen Theil an den Verhandlungen in Vollmacht der Ritterschaft nehmen können.

Nach Säkularisirung des Ordens aber, da die Ordensgebietiger durch die heilige unzugängliche Religions Mauer nicht mehr von der übrigen Welt abgeschieden, ja selbst die Titel und Würden derselben nach dem Beyspiele von Preussen, mit weltlichen Namen vertauscht wurden, da die Bedienungen der Land-

Marſchälle und anderer Oberämter durch die Oberräthe, die Groß-Komthure durch Oberhauptleute, und die Haus-Komthure durch Hauptleute erſetzt wurden, und das weltliche Fürſten Regiment an die Stelle der geiſtlichen Ritter Regierung trat, fanden auch die Fürſtlichen Räthe Veranlaſſung ſich mehr und mehr in die Landes-Gefchäfte zu miſchen und zu Gunſten ihrer Herren die heiligſten Vorrechte der Ritterschaft immer kekker und kekker anzutaſten, bis der Adel ermüdete, und inſondere wegen des unerträglichen Uebermuths dieſer Räthe, wider ſolchen Unfug bey der Oberherrſchaft um abhelfliche Maafſe gebührend nachſuchte.

Dieſe ſandte zu ſolcher Abſicht 1617 die bekannte Kommiſſion nach Kurland, welche unter andern auch das Geſez abfaſste, daſs Oberräthe und Hauptleute nur aus dem einheimiſchen wohlhe-
fizlichen

szlichen Adel erwählt, und nur die Rathsstellen auf den Fall, daß der Adel keine tüchtigen Subjekte zu diesem Amte präsentiren könne, aus bürgerlichen Geschlechtern zu besetzen erlaubte. Dies Gesetz ist daher nur als eine Folge der Ausschweifungen anzusehen, deren sich die bürgerlichen Räthe in ihren Aemtern schuldig machten, und kann daher von ihnen zum Beweise ihrer Vorrechte nie ohne Erröthen angeführt werden.

Ueber alle andere öffentliche Aemter, als Priester, Advokaten, Kanzley-Lizent- Post- und Kameral Bediente, auch Gerichts-Sekretaire und dergleichen ist durch die Gesezze nichts Ausschließendes bestimmt worden, weshalb sie denn auch sowohl von adlichen als bürgerlichen Personen bekleidet werden können.

Wird aber die Frage aufgeworfen: welche Subjekte auf diese Bedienungen

D

billiger Weise den nächsten Anspruch haben: so ist und bleibt gewiß die Zurechtbeständigste Antwort hierauf: *Kein Anderes, als Eingeborne des Landes.*

Wer von Edelleuten das Indigenat hat, läßt sich aus den Gesezen beweisen und kann keinem Zweifel unterworfen seyn. Bey Bürgern hingegen ist der Fall ganz umgekehrt, da die Fundamental-Gesezze dafür nicht gesorgt haben, daß fremde Bürger sich nicht zum Nachtheil der Eingebornen mit der Nation vermischen, und im Lande sich nach Belieben einheimisch machen könnten. Daher kommt es, daß viele Landeskin-der darben, oder im Auslande jämmerlich ums liebe Brodt dienen müssen, unterdessen Fremdlinge im Lande die einträglichsten Aemter bekleiden, alldieweil es Sr. Durchlaucht gefällig ist, von

seinen (*k*) *obsternahzzen* Kurländern die Gnadenhand abzuziehen.

Der Gebrauch entscheidet auch nicht für den Bürgerstand, da sowohl unter Heermeisterlicher als Herzoglicher Regierung Edelleute als Prediger angestellt und auch mit andern Aemtern versehen gewesen sind, die der bürgerliche Heißhunger sich izt ausschliessend zuzueignen viel Lust und Willen zeigt. — Mit welchem Rechte? das weiß Gott am besten. Ist nicht die Ritterschaft, der ganz Kurland eigentlich angehört, unpartheyisch geurtheilt, die Nächste zur Versorgung im Lande? Müßte auf ihrem Fortkommen, auf ihren Wohlstand nicht der Regent vor allen Dingen Rück-

(*k*) Man vergebe uns dies komische Beywort um der Prädilektion willen, die wir für dasselbe einmal gefaßt haben.

sicht nehmen, wenn er seine Fürstenschaft erfüllen wollte? Von Gottes Gnaden und *durch Wahl der Ritterschaft* Herzog seyn, das ist wahrhaftig keine Kleinigkeit und verdiente im ganzen Ernste Dank und lebhafteste Erkenntlichkeit.

Wenn daher der Verfasser den Antrag gemacht hätte, daß die öffentlichen Bedienungen nur eingebohrnen Landeskindern verliehen werden sollten: so wäre das ein patriotischer Wunsch gewesen, für den ihm ganz Kurland mit aufrichtigen Dank hätte verpflichtet seyn müssen. Wenn hingegen der Hauptantrag verlangt: „nur Bürgern soll's erlaubt seyn, in Kurland das Wort Gottes zu predigen, die Tintfässer zu okkupiren und für baares Geld die Klagen des Adels zu plaidiren, wenn der Verfasser zur Empfehlung seiner ungereimten Proposition eine scheinbare Großmuth affektirt, und auf Ehrenäm-

ter Verzicht thut, die unendlich weit über die Sphäre des armen Mannes erhaben sind: so scheint er vergessen zu haben, wie respektabel das Corps der Ritterschaft ist, dem er so muthwillig mitspielt, und rechnet vielleicht zu sehr auf die Nachsicht, mit welcher man bey uns kranke Phantasie behandelt. Krank muß der Verfasser in der That seyn, denn ein an Leib und Seele gesunder Mann kann unmöglich zuversichtlich hoffen, die Menschenliebe und Willfährigkeit des Kurlischen Adels könnte so kindisch seyn, die chimärischen Präensionen des Verfassers in den Rang rechtskräftiger Beschlüsse zu erheben; da sey Gott für!

IV.

Lasst uns nun zu dem letzten Bedürfnis, das zu Folge dem Vorgeben des Verfassers, der Bürger in Kurland zu befriedi-

gen wünscht, eilen, auf dafs wir einmal diese traurige Arbeit vollenden. Der öffentliche Besitz von Erbgütern schmeichelt allen Leidenschaften des Verfassers so angenehm und reißt ihn zu einem solchen Strom von Beredsamkeit hin, dafs man fast glauben sollte, er habe bey Verfechtung dieses Punkts ein unmittelbares Interesse. Leid thut es uns aber, dafs er seine glühende Begierde diesmal wieder nicht stillen kann, denn rechtlicher Weise kann er nie zum Besitz adlicher Erbgüter gelangen.,

Seine Deduktion zum Beweise dieses Anspruchs holt ein wenig zu weit aus, Er vermeynt nämlich, dafs *deutsche Bürger schon 1157 in Liefland Besitzlichkeiten gehabt hätten*. Von der Unzuverlässigkeit dieser Behauptung hätten ihn die drey ersten Blätter in Arndts Kronik schon überführen können. 1157 war in Liefland noch kein Deutscher, weder

Bürger noch Edelmann anfassig; im ganzen zwölften Jahrhundert aber kein einziger *deutscher Bürger*. Erst 1191 erhielt der erste *Deutsche*, der Bischof *Meinhard*, den fünften Theil vom Schlosse Ykeskola zum Eigenthum, und legte dergestalt den ersten Grundstein zum Liefländischen Staate. Späterhin, nämlich im Jahre 1206, theilten der Bischof und der Orden das den eingebornen Liven entrissene Land dergestalt unter sich, daß der Bischof für sich zwey und der Orden einen Theil behielt, der *deutschen Bürger* aber hierbey mit keinem Worte gedacht wurde.

Wer waren aber diese *deutsche Bürger*? Was versteht die Geschichte unter dieser Benennung? Eine zu unsrer vorhabenden Materie wichtige Untersuchung.

Unstreitig gehören zuerst zu den deutschen Bürgern die *handelnden Kaufleute*. Daß diese aber nicht bloß, auf

den Bürgerstand eingeschränkt waren, beweisen die angeführten Namen derselben, unter welchen viele Stiftsfähige Geschlechter sich befinden. Ihr Hauptsitz war anfangs in Riga, der einzige haltbare Ort Lieflands, der zugleich der Schifffarth durch seine Lage Vorschub that.

Die zwote Klasse der deutschen Bürger waren die um Sold dienenden Deutsche, die Knechte der Ritter hießen, und nach und nach ins Land zogen. Es ist bekannt, daß in den Zeiten der Kreuzzüge das Ritterschaftliche Lehnssystem gäng und gäbe war. Ein Lehnbesitzer leistete seinem Lehnsherrn keine andere Verbindlichkeit, als daß er ihn auf eigene Kosten in seinen Kriegen mit einer bestimmten oder unbestimmten Anzahl Reifigen zu Hülfe eilte, und diese Lehnspflicht nannte man den Rosdienst.

Wenn der Lehnsträger seinen Rofs-
dienst leisten mußte, erschien er mit sei-
nem kleinen Heere, das theils aus un-
ter ihm wohnenden Lehnsassen, theils
aus angeworbenen Söldnern bestand. In
Friedenszeiten aber wurden die Söldner
wieder verabschiedet.

Diese Leute aber, des unstäten
Kriegerlebens gewohnt, zogen von Land
zu Land umher und boten ihr Leben feil.
Eine treffliche Gelegenheit nun für sie,
ihre kriegerischen Talente geltend zu
machen, war die Entdekkung von Lief-
land, wohin die unnützen Herumstrei-
cher Deutschlands Stromweise sich hin-
wandten. Die Lage war reizend, der
Weg von Deutschland nach Liefland kurz
und bequem, die Hofnung des Gewin-
stes gab neue Gründe an die Hand, so
dafs kaum ein Zeitraum von einem hal-
ben Jahrhundert nöthig war, das arme

Liefland mit Blut und geldgierigen Deutschen zu überschwemmen.

Einige von diesen verpflichteten sich nur zu einem Kreuzzuge auf ein Jahr; diese nennt die Geschichte mit dem Unterscheidungs-Zeichen: *Pilger*. Andere entschlossen sich ihr Leben der neuen Eroberung zu widmen. Die Letztern waren wiederum, entweder *Ritter*, das ist: Mitglieder des deutschen Ordens, oder *adliche Lehnassen*, das ist: Edelleute, die vom Erzbischof oder vom Orden mit Gütern in Liefland belehnt wurden, oder *bürgerliche Lohnsleute*, das ist: Bürger, die der Ritter mit kleinen After- oder Unterlehn auf seinem Hauptlehn verfuhr, um sich ihrer bey etwannigen Feldzügen als Söldner zu bedienen.

Selbst die Stadt Riga, da sie schon zu einer merkwürdigen Grösse angewachsen und mit Reichthümern angefüllt war, mußte zuweilen zur Vertheidigung des

Landes eine Armee von Söldnern ins Feld stellen, die mit den Bischöflichen und Heermeisterlichen Kriegern dem gemeinschaftlichen Feinde Schlachten lieferten. Anführer dieser Städtischen Söldner waren immer Ritter. Daher mochte es mit unter manchmal geschehen seyn, daß Ritter zuweilen die gedungenen Pilger der Stadt selbst mit kleinen Unterlehen für tapfere Thaten belohnten, woher der sehr uneigentliche Ausdruck in Umlauf kam, die Rigischen Bürger seyen mit so und so viel Haken belehnt worden, da man doch richtiger hätte sagen müssen: *die Söldner* der Rigaer hätten so viel Haken zu Unterlehen erhalten. Dies ist der wahre unverfälschte Ursprung von dem Rechte deutscher Bürger an Landesbesizlichkeiten in diesen Staaten.

Man könnte freylicheinwenden, daß die Stadt Riga *in Corpore* auch Besizlich-

keiten gehabt habe, und sich auf das 1226 vom Päpstlichen Legaten, Wilhelm, abgefafste Urtheil berufen, welches nicht nur die Stadt Gränze berichtigt, sondern auch Riga den dritten Theil von dem noch zu erobernden Kurland zuerkennt, wenn solche die Eroberung desselben vollziehen hilft. Allein der letzte Theil dieses Dekrets ist nie in Erfüllung gegangen, vielmehr hat die Stadt selbst schon 1234 auf dieses Recht feyerlich Verzicht gethan, und obengenannter Wilhelm eignete durch einen andern Ausspruch vom 7ten Februar des 1245ten Jahres einen Theil von Kurland dem Bischoffe und zwey Theile dem Orden zu, wie solches bey dem deutschen Orden, mit welchem sich der Liefländische schon vereinigt hatte, gesetzlich war. Hätte aber auch Riga, außer ihrem Stadt-Territorium, eigenthümliche Besitzlichkeiten erworben: so

würde doch daraus nicht folgen, daß Kurische Bürger adliche Güther nach Belieben erhandeln können, weil ein Vorrecht ganzer Kommunitäten nicht immer jedem Mitgliede derselben insbesondere zu statten kommen kann.

Sehr zuversichtlich behauptet der Verfasser ferner, daß der vierte Theil von Kurland bey der Subjekzion in bürgerlichen Besiz sich befunden habe. Vielleicht gehört dies Geschichtchen auch zu den unerweislichen Sagen der Vorwelt, die wie Wintermärchen zum Divertissement müßiger Leute recht artig sind. Vielleicht kann der Verfasser aber auch diese Behauptung durch Dokumente wahr machen. Uns ist das nicht bekannt; allein das lernen wir aus den öffentlichen Annalen, daß alle merkwürdige Lehns-Güter bey der Subjekzion von Edelleuten und Ordens-Verwandten

.

befessen worden sind. Das Verzeichniß von allen genannten Höfen und Schlössern bey Arndt nennt keinen bürgerlichen Besitzer derselben.

Mögen aber auch Bürger halb Kurland befeßen haben, das ist zu unsrer Untersuchung gleichgültig. Wir reden nicht von dem, was sie *hatten*, sondern bloß von dem, was sie *rechtlich haben* sollen. Wir untersuchen nur die Gründlichkeit der Behauptungen des Verfassers, daß Bürgerlehen bey der Subjekzion eben so wie die adlichen allodifizirt worden, daß Bürgern das Kaufen und Verkaufen ursprünglich adlicher Lehen durch die Fundamental Gesetze gestattet ist, und daß alle Artikel der Unterwerfungs Verträge, die von Umwandlung der Lehen in Erbgüter reden, auch den Bürgern zu gut gegeben sind.

Diese drey Sätze nimmt der Verfasser als ausgemacht an, und sucht sie

•

überdies durch einige angezogene Stellen aus den Fundamental Gesezen noch mehr zu bekräftigen. Aber uns scheint dennoch, daß selbst die Citaten aus den Unterwerfungs - Verträgen keinesweges das beweisen, was der Verfasser ihnen in den Mund legt.

Daß die Unterwerfungs-Pakten keinen Einwohner des Landes von den Verbindlichkeiten und Freyheiten, die sie nehmen und geben, ausschließen, das ist keinem Zweifel unterworfen, und erhellt auch aus der mehrmaligen Erwähnung und Aufzählung aller Stände und Klassen in diesen Dokumenten. Auch haben die Deputirten der Ritterschaft für alle Einwohner dem Könige und dem Reiche Treue geschworen. Dennoch waren keine Deputirte des Bürgerstandes in Wilna gegenwärtig — ja nicht einmal aus Riga, welches die Stelle der Herzoglichen Provision erweist, in welcher

Gotthard sich anheischig macht, die Stadt Riga, wenn es ihr auch beliebte, darin nicht zu willigen, von dem Huldigungs Eide zu entbinden, mit dem sie Gottharden verbunden war. Es war also ihr Wille noch zweifelhaft — sollte daraus nicht geschlossen werden können, daß sie an der Subjekzion keinen unmittelbaren Antheil genommen haben. Wären ihre Deputirte in Wilna gegenwärtig gewesen, so durfte man ja nur sie befragen, um den Willen der Stadt zu erfahren.

Demohngeachtet, in Abwesenheit aller Städtischen Deputirten, leisteten die Deputirten der Ritterschaft den Eid, den wir seines merkwürdigen Einganges wegen als Beylage abdrucken lassen; sie leisteten ihn im Namen aller Eingeborenen, die sie sehr merkwürdig unterscheiden. *Wir Komthure, Advokaten, Belehnte vom Adel, Bürger, Bürgermeister*
und

und Rathmanne der Städte &c. Man beobachte doch den Unterschied, daß die gemeine Ritterschaft Belehnte von Adel, das heißt, adliche Güterbesitzer genannt wird, aber daß es nicht heißt Belehnte vom Bürgerstande, sondern schlechtweg: Bürger. Wäre es nicht erlaubt hieraus folgende Konsequenzen zu ziehen?

a) Man hat den Bürger nicht als Güterbesitzer bey der Subjekzion auführen können, da er als solcher nicht dem Staat, sondern nur seinem Privatlehns-Herrn verpflichtet war. Daher schwur er unter seinem rechtmäßigen Titel, als Bürger und nicht als Lehnsasse, nicht als selbstständiger Herr von Landesbesitzlichkeiten.

b) Wahrscheinlicher Weise konnten die ritterschaftlichen Deputirten ohne Gefährde irgend eines Widerspruchs, dem Könige im Namen aller Einwohner den Eid der Treue leisten, weil sie es gar

zu gewiß wußten, daß ihre derzeitigen Bürger, Einwohner, aber nicht Herren des Landes waren, daß sie die Revolutionen wohl leiden, aber nicht mit bewirken konnten, daß sie den Gesezen zu gehorhamen, aber nicht sie abzufassen, befugt waren.

c) Diesen Grundfäzzen gemäß sind alle Kardinal Gesezze des Staats abgefaßt, allein die Ritterschaftlichen Rechte mit ausgezeichneter Achtung behandelt, aller andern Einwohner Gerechtsame aber nach alten Gesezen und Gewohnheiten gleichfalls konservirt worden.

d) Da nun nicht erweislich war, daß vor der Subjekzion Bürger adliche Lehnsgüter mit adlichen Vorrechten besaßen: so ist auch in allen Unterwerfungs Verträgen mit keinem Worte darauf angespielt, daß die Bürger Herren der Landesbesidlichkeiten gewesen wären. Ganz dem entgegen werden viel-

mehr in denselben, wo daselbst von Landgütern oder Lehnern die Rede ist, als ihre Besitzer jederzeit der Adel genannt.

Hierüber jeden Beweis aus den Unterwerfungs-Verträgen insbesondere anzuführen, das wäre wohl unnütz angewandte Mühe. Eins für alle laßt uns nur jenen Artikel derselben, der von den Freyheiten aller Einwohner redet, zergliedern, um die Wahrheit unserer Behauptungen einleuchtender darzuthun. Es ist der dritte Artikel des Subjekzions-Paktums, welcher so lautet:

(l) Wir bestätigen auch alle (m) ihre Gerechtsame (n) Begnadigungen, geistliche

(l) Wir haben allen Fleiß angewandt, diesen Artikel ganz buchstäblich zu übersezen, wovon wir jedoch zum Ueberflus das Original beyfügen wollen.

und weltliche, insbesondere auch die adlichen (o) Privilegien der saamenden Hand,

Omnia etiam eorum jura, beneficia, privilegia, secularia & ecclesiastica, præsertim nobilium, tam simultanea investituræ jus, quam & libertatem gratiæ cum successionem Hereditaria ad utrumque sexum, superioritates, præminentias, dignitates, possessiones, libertates, transactiones & plebiscita immunitatesque confirmaturos esse, denique & jurisdictionem totalem, iuxta leges & consuetudines, moresque antiquos.

(m) Das ist: Fürsten, Stände und Städte.

(n) *Beneficia* durch die allgemeine Bedeutung von *Begnadigungen* auszudrücken, schien mir dem Zusammenhange angemessener, als hierunter nur den besondern Begriff von *Belehnungen* zu verstehen.

(o) Der Kontext erlaubt unsers Erachtens keine andre Lesart, denn wenn das *præsertim nobilium* nicht aufs *simultanea investituræ jus* &c. gehen sollte, so ist's

*der freyen Erbfolge auf beyderley Geschlech-
ter, ferner ihre Hoheiten, Herrlichkeiten,
Würden, Befizzungen, Freyheiten, Ver-
träge, Volksfazzungen und Befreyungen,
endlich die völlige Gerichtsbarkeit, nach
alten Gesezzen, Gewohnheiten und Gebräu-
chen.*

Aus diesem Kardinalgesez der Kuri-
schen Freyheit folgt zuörderst: daß die
Rechte der *saamenden Hand* und der *freyen
Erbfolge auf beyderley Geschlechter einzig
und allein Vorrechte der Ritter/schaft* sind,
daß sie keinem andern Stande zukom-
men, welches auch mit dem überein-
stimmt, was das Privilegium des Adels
hierüber umständlich genung festsetzt.

ganz überflüssig, weil diese Rechte
außerdem schon unter den weltlichen
Privilegien begriffen waren. Ziegen-
horn fehlt bey dieser Stelle aber ein
Komma, das die Menschenliebe für
einen Drukfehler halten muß.

Dafs derohalben zweytens *die etwanigen Bürgerlehne* durch die Subjekzions-Pakten durchaus *nicht alledifizirt sind*, (wie es dem Herrn Verfasser träumt) dafs eine solche Anordnung gerade wider das Versprechen des Königs wäre, keinen Einwohner an seinen Rechten zu bekränken, dafs mittlerweile bürgerliche Besitzlichkeiten ihnen erb- und eigenthümlich zuerkannt wären, die Ritterschaft ihr unstreitiges Lehn an diese Unterlehne verlieren müßte, und es also vernünftiger Weise nicht präsupponirt werden kann, die Ritterschaft werde sich selbst zum größten Schaden ein solches Gesetz sankzioniren lassen, da doch *sie* allein mit Polen wegen der Subjekzion kontrahirt hat.

Im vorliegenden Kardinal Gesetz sind endlich alle allgemeine und besondere Vorrechte sämmtlicher Einwohner verzeichnet, nach Unterschied von Stand,

Geburt und Würden. So gewiß die in demselben angeführte Hoheiten, Herrlichkeiten, adliche Privilegien, totale Jurisdiction, Eigenschaften sind, die dem Bürger nicht gebühren, eben so gewiß sind dadurch wiederum des Bürgers Freyheiten, Gerechtsame, Verträge, Plebiscita und dergleichen, wider alle Beeinträchtigung gesichert worden. Warum will sonach der Verfasser den Sinn des Gesezzes gewaltsam verdrehen, und sich Vorzüge einbilden, die ihm warlich zu hoch sind? Muß er nicht über seine Herausnehmung erröthen, wenn ihm das goldene Sprüchelchen zu Sinn kommt — *ne futor ultra crepidam.*

Am allerwenigsten aber sollte sich der Verfasser auf den (o) siebenten Ar-

(o) Ich wage es hier, dem Verfasser eine andere Zahl unterzuschieben, denn ich kann nicht begreifen, was der

tikel des adlichen Privilegiums berufen, der in keinerley Betracht dem Herrn Verfasser zu statten kommt.

Wie beginnt denn dieser Artikel?

„Weil es der eigenthümliche Schmuck
 „der Könige sey, Jedem zu geben,
 „was sein ist, so haben Se. Majestät
 „uns, wie allen und jeden, in deren Na-
 „men wir geschickt sind, die wohlthä-
 „tigste Versicherung gegeben.“

Wer waren denn diese Alle und Jede? wer die redenden Personen dieses Dokuments?

Am Eingange desselben heißen sie:
 Robert Gilsen, Gregorius Frank, Fabian

achte Artikel zur Ablicht des Verfassers beytragen kann. Dieser redet nur von den in Bürgerkriegen verlohrnen Dokumenten des Adels, die dem Herrn Verfasser nichts verschlagen. Der siebente Artikel redet aber von der Allodifikation der Lehns-Güter.

Borch, Heinrich und Johann von Medem.

Von wem waren sie abgeschickt?

Das Dokument sagt wieder: „ sie wären
„ von einer mit vielen adlichen Siegeln
„ aus Liefland koroborirten Vollmacht
„ versehen gewesen.“

In wessen Namen agirten sie?

Im Namen der Ritterschaft des ganzen Lieflands.

Was suchten sie?

Bestätigung und Verbesserung der adlichen Rechte und Freyheiten.

Diese simple Katechismus-Fragen hätten den Verfasser bey geringer Aufmerksamkeit überzeugen müssen, daß es seiner Sache durchaus nachtheilig sey, zu ihrem Behuf ein Gesetz anzuwenden, in welchem es weiterhin ausdrücklich heist: *der ganzen, sowohl unter den Liefländischen Fürsten, als unter unmittelbarer Königlichen Herrschaft befindlichen*

Ritterschaft, sey das saamende Hand-Recht, wie auch die Freyheit, mit ihren Gütern ohne Konsens der Landes-Herrschaft frey handeln und wandeln zu dürfen, ertheilt worden. Keinem Zweifel ist es unterworfen, daß dies Gesetz keinesweges zum Beweise für den Bürgerstand, wohl aber sehr kräftig wider denselben gebraucht werden könne.

Gotthard Kettler, der sich im sechsten Artikel seines sehr eingeschränkten und den Kardinal Gesetzen nicht immer konformen Privilegiums auf eben erwähnten Königlichen Gnadenbrief bezieht, macht eine sonderbare Distinkzion, indem er die *Ritterschaft* und die, welche mit ihr in gleichem Dienste und Freyheit sitzen, von einander unterscheidet. Nur ein Mittel giebt's diesen ganz neuen Ausdruck, der durch kein vorhergehendes Dokument gerechtfertigt wird, genugsam zu erklären.

Hauptsächlich kommt es darauf an, ob hiermit nicht eben das gemeynt sey, was schon vor der Subjekzion mit ähnlichen Ausdrücken gesagt ward, und was noch izt im Ausdruck: Ritter und Landschaft, zu verstehen ist. Ritterschaft bedeutet denjenigen Adel, der wirklich im deutschen Orden rezipirt war, Landschaft aber die adelichen Lehnssassen, die, ohne Ritter zu seyn, vom Erzbischof, Bischof oder Heermeister mit Lehen ausgestattet waren. Ersterer ward auch der *hohe*, letzterer aber der *gemeine* Adel genannt, welches kürzer unter der gemeinschaftlichen Benennung: Ritter und Landschaft, begriffen werden kann.

Man konnte es weder Kettlern, der im Ritterstande grau worden, noch den kürzlich vom Orden ausgeschiedenen Gebietigern und Beamten in Kurland verdenken, wenn sie in einem öffentlichen Lokumente, das ihre vom Herzoge

anerkannte Privilegien enthalten sollte, die kleine Eitelkeit bewiesen, den *hohen und gemeinen Adel* durch den ziemlich bescheidenen Ausdruck: *Ritterschaft und die mit ihr auf gleichen Dienst und Freyheit sitzen*, merklich zu nūanciren. Mit nichts aber können hiermit Adel und Bürger gemeynt seyn, weil Bürger niemals mit dem Adel zu gleichem Dienst und Freyheit geseßen haben. Man zeige doch irgend eine Spur in der Geschichte, die das zu beweisen auf die entfernteste Art dienen kann. Hier wird also wieder eine scheinbare Stütze der bürgerlichen Hofnungen leider zusammenfallen, und der sechste Artikel des Gotthardschen Privilegiums seine scheinbare Beweiskraft für sie verlieren müssen.

Dem allen ohngeachtet aber ist es nicht zu läugnen, daß die etwannigen Bürgerlehen, als Dependenz von den adelichen Stammgütern mit solchen zu-

gleich allodifizirt sind, *aber keinesweges zu Gunsten des Bürgerstandes.* Civilbesitzer solcher Güterchens waren und blieben Lehnleute des Herzogs oder des Adels, je nachdem sie von einem oder dem andern waren belehnt worden, und wenn ihre männliche Erben verloschen, fiel das Gut an seinen Lehnsherrn zurück, der das Erbrecht darauf, laut den Privilegien Sigismund Augusts, besaß. So ist denn durch Länge der Zeit die so groß ausgegebene Menge bürgerlicher Lehne in die Hände ihrer rechtmässigen Erbherren zurück gediehen. Vielleicht sind aber auch andere bürgerliche Besitzer vor Ablauf ihres Lehnrechts durch Geld abgefunden, oder auf andere rechtliche Art von solchen Gütern abgekommen.

Denn wahrscheinlich ist es, daß nach der Subjekzion, da das kriegerische Feudalsystem ganz durch die neue Regimentsform zu Grunde gieng, und der

friedliche seegensreiche Akkerpflug das schneidende Ritterschwerdt aus seinem Posten verdrängte, jeder adliche Erbherr bemüht war, seine an Lehnslente vertheilte Güter zusammen zu ziehen, und durch bessere Oekonomie seine in bürgerlichen Kriegen zerrütteten Finanzen wieder herzustellen. Eine sehr natürliche Folge von den veränderten Grundfäzzen der Ritter war es denn auch, daß die Bürgerlehne je mehr und mehr eingezogen wurden. Wenigstens können nicht gar viel Landesbesizlichkeiten, die izt noch in Bürgerhänden sind, ihre bürgerliche Abstammung bis vor der Subjekzion herleiten; denn die wenigen, die mir bekannt sind, schreiben sich alle von spätern Zeiten her und sind Herzogliche Verlehnungen.

Wären die Bürger wirklich in die Erb-Herrschaftlichen Vorrechte gesetzt worden: so hätten sie doch durchaus ein Dokument haben müssen, das ihnen das

Recht ausdrücklich zugesteht, und ein solches Dokument müßte mit der Unterwerfung gleiches Alters seyn. Man fordere sie doch auf, dergleichen Schriften vorzuzeigen. Damit die Landschaft nicht von Spielgefechten in der Luft unnütz und zwecklos beunruhigt werde.

Kann man's wohl denken, daß die Bürger drittehalb hundert Jahre sich ruhig vom Erbbesitz adlicher Güter werden ausschließen lassen? und — schweigen das pflegt ja doch der Herren ihr Fehler nicht zu seyn. In allen den vom Verfasser angezogenen Stellen aber, sowohl der Gesezze als der frommen Desiderien der Bürgerschaft, wird mit keiner Silbe an Erbgüterbesitz gedacht. Könnte das auch seyn? konnte das von Gesezverständigen Männern vermuthet werden? Wie stimmt das mit der Grund Verfassung des Staats zusammen, die an und vor sich den bürgerlichen Besitz adlicher

Erbgüter unmöglich macht, wenn sie unverlezt erhalten werden soll.

Bekannt genug ist der von vielen Königen bestätigte Vorzug der Kurischen Ritterschaft, daß nur eingeborne Edelleute die Landes-Offizia verwalten und Erbgüter im Lande besitzen dürfen. Die edelsten Familien, die nicht in der Adels-Matrikel von Kurland aufgenommen sind, können sich unter keinerley Betracht daselbst ansässig machen, und selbst die Liefländische Ritterschaft, die nach der Subjekzion sich im Königlichen Antheil niedergelassen, ist laut verschiedenen öffentlichen Gesezen von diesem Vorrechte ausgeschlossen. Daher und wegen der notorischen Aechtheit des kurischen Adels haben es die vornehmsten und vermögendsten Männer benachbarter Staaten für keine Schande gehalten, sich bey Ritter- und Landschaft um einen Platz auf der Kurischen Ritterbank

bank zu bewerben, und selbst das izt regierende Fürstliche Haus in Kurland fand Ehre darinn, den Kurischen Edelleuten beygefellet zu werden. Wenn nun aber das Possessions Recht von Erbgütern jedem Bürger wie dem Edelmann in Kurland gebührt, so ist dies Indignitätsrecht, worauf wir und unsere Vorfahren mit so vielem Rechte stolz waren, eine alberne Kinderey; — so kann jeder Herumschweifer, der aus dieser oder jener Ursache aus seinem Vaterlande verschwindet, und bey einer so großmüthigen Nation, als die Kurländer sind, ergiebige Erwerbsmittel findet, sich Reichthümer zu verschaffen, hier Erbgüter kaufen, — ein Recht, das doch dem ersten Reichsfürsten versagt ist. Ist's möglich, daß man so was im Ernste behaupten kann; zum kurzweiligen Spafs aber wäre doch die Sache von zu wichtigen Belang.

Wenn ferner Bürger adliche Erbgüter besitzen sollen, so entsteht die Frage: ob sie auf den Kirchspiels-Konvokationen mit den adlichen Einsaassen gleiches Stimmrecht exerziren, oder insbesondere zu den Bürger Kommunitäten gezählt werden sollen? Den ersten Fall kann man gar nicht annehmen, weil sonst Bürger und Edelmann ganz gleiche Vorrechte im Lande haben müßten, welches den Fundamentalgesetzen gerade (p) entgegen steht. Im zweiten Fall aber würde das sehr nöthige Gleichgewicht zwischen Haupt und Gliedern plötzlich unterbrochen werden. Was würde dazu erfordert werden, um ganze Kirchspiele auszukaufen? Würde nicht ein Fürst, der den Adel zu unterdrücken Lust hätte, Bürgern die ansehnlich-

(p) Wir beziehen uns hier auf die Beantwortung des ersten Hauptantrages.

sten Summen vorschleusen, um dies oder jenes Kirchspiel verstummen zu machen? Der Güter-Preis könnte wohl dadurch gewinnen, allein die Freyheiten aller Einwohner wären alsdann der gefährlichen Willkühr einer ungezähmten Herrschsucht Preis gegeben.

Auch müßte dann entschieden werden, ob die von Bürgern erkauften adlichen Güter die öffentlichen Abgaben und Willigungen der Landschaft mit abtragen müßten, oder nicht? müßten sie's: so würde ja von Ritter und Landschaft das Vermögen des Bürgers willkührlich taxirt, und das wäre wider das bey uns etablirte Gesez der Freyheit, dafs ohne seine Einwilligung über Niemandes Vermögen disponirt werden kann, wenn er's nicht durch Verbrechen verwirkt hat. Müßten sie es nicht: so hat die Landschaft durch den Abgang von vielen Erbgütern eine entsezliche Beschwer-

de, die durch nichts vergütet werden kann. Auf solche Art also wäre diese Neuerung eine Bekränkung der adlichen Vorrechte und Freyheiten, die mit dem Leben so vieler ihrer redlichen Vorfahren erkämpft sind, und nur erst nach ihrer völligen Ausrottung mit frevelhafter Hand angetastet werden dürfen.

So viel haben wir für nöthig erachtet, um zu beweisen, daß die Fundamental-Gesetze den bürgerlichen Hauptanträgen nicht das Wort reden, daß sie vielmehr die Rechtmäßigkeit der darin enthaltenen Forderungen völlig bestreiten. Daß wir nichts über des Verfassers Beweise aus neueren Dokumenten zu sagen haben, ist wohl sehr natürlich; denn einmal war unsere Absicht nur, zu beweisen, daß die Bürgeranträge wider die Fundamental-Gesetze sind, und hernach, so kann das dem Civil Stande nichts frommen, wenn neuere einseitige

Anordnungen für sie das Wort führeten, so bald die unbestreitbaren ewiggeltenden Fundamental-Gesetze der Erfüllung ihrer Anträge förmlich widersprechen.

Der Verfasser hat demnach sehr übel gethan, mit einer so entscheidenden Zuversicht die Bürgeranträge für gesetz- und rechtmässig auszugeben, und im Vertrauen auf der vermeynten Gerechtigkeit seiner Sache, mit bittern Ausfällen und Anzüglichkeiten um sich zu werfen, die ihn als Supplikanten gewiss nicht empfehlen können. Insbesondere aber hätte er den hochmüthigen Ton, mit dem er von den Verdiensten seiner bürgerlichen Vorfahren spricht, unterdrücken sollen; denn zwischen dem jezzigen Bürgerstande, und den Männern, die um baare Bezahlung vor der Subjekzion als Knechte der Ritter gefochten, ist noch ein himmelweiter Unterschied. Jene hatten doch das Verdienst an der Ero-

berung von Liefland Hand gelegt zu haben, wenn gleich ihre Arbeit dabey umgedungenen Lohn geschah; allein der izzige Bürgerstand besteht gröſtentheils aus Fremdlingen; der urſprünglich Kurischen Bürgerfamilien ſind heuer ſchon ſehr wenige; — von dieſen Wenigen aber gehört vielleicht gar keiner zu der izzigen Revolution, die niemals ſo allgemein geweſen, als man ſie vorzuſpiegeln für gut findet; ja die Bevollmächtigten der Künſtler und Handwerker ſind von der ſogenannten Union ſchon abgetreten. Demohngeachtet nennen ſich die Herren Revolutionsmacher: *ſämmtliche Städte und vereinigte Glieder des Bürgerſtandes*. Dieſe Unterſchrift hat auch ihr Karakteriſtiſches. Wenn noch der Bürgerſtand auf irgend eine Art an den Staats Geſchäften Kurlands Theil nehmen ſollte: ſo wären's nur die Städte, die den Vortrag machen dürften. Was ſtel-

len aber denn die *vereinigten Glieder des Bürgerstandes* vor? Gehören die nicht zu den Städten? Sind es etwa die Advokaten, die Priester, die Amtleute, *Müller*, *Domestiken* &c. die in Diensten des Landedelmanns stehen und doch aufgefordert sind, der allgemeinen Konföderation beizutreten? Thatfache ist's, die jederzeit mit *Beweisen* erhärtet werden kann, daß durch allerhand *Emissarien* und geist und weltliche *Anstifter* die bürgerlichen Land-Einwohner, die aus *Barmherzigkeit* des Adels *Dach und Fach* finden, ihr Leben zu fristen, aufgefordert worden sind, die *Unions-Akte* der Bürger zu unterschreiben. Und doch nehmen die Herren es hoch übel, wenn ein gerader, biederer Mann ihnen von *Zusammenrottung* und *Anzetteln* was ins Gesicht sagt? beschweren sich mit herzbrechenden *Deklamationen* über Männer, die ihre heimliche *Konspira-*

tion mit Nachsicht behandeln, und indirekte durch eine weise Maasregel sie zur Vernunft zurück bringen wollen? O ihr glattzüngigen Urheber dieses Aufruhrs, ihr werdet gewiß von jedem redlichen Patrioten vor das Gericht Gottes belangt und angeklagt werden, wegen aller der schrecklichen Folgen, die aus solchen widerrechtlichen Schritten zu erwarten stehen. Seht, meine Mitbrüder! eine finstre, sorgenvolle Zukunft öffnet sich für uns, — das wehrlose Kurland im Schlummer zu überraschen und seine fruchtbaren Auen in jammervolle Einöden zu verwandeln? Wer weis, wie viel Aufträge ihre Korrespondenten in fremden Landen schon erhalten haben, sie mit allen Nothwendigkeiten zur handfesten Begründung ihrer sogenannten Gerechtsame zu versorgen? Wenn sie undelikat genug sind, in ihren Libellen und Streitschriften von Faust- und

Kolben Rechten bedenkliche Worte fallen zu lassen: so kann man ja von ihnen sich auch das Aeufferste versprechen, kann es gar nicht auffallend seyn, wenn ihnen die Luft anwandelt sich eine neue Regimentsform zu schmieden und sie mit Ritterschaftlichen Blute zu unterschreiben. Ihre erste freundschaftliche Schritte sind wenigstens schon so unfriedfertig, daß man eher ein lauthallendes Kriegsgeschrey, als die überredende sanfte Stimme eines Vertheidigers der Wahrheit von so unruhigen Geistern erwarten darf.



BEYLA GE

zu der

Replik auf die Kurischen Bürgeranträge.

E Y D

*der Stände in Liefland, König SIGIS-
MUNDO AUGUSTO zu Wilna durch
Ihre Abgesandten geleistet.*

Wir Compthur, Advokaten, Belehnte vom Adel, Bürger, Bürgermeister und Rathsmanne der Städte, geloben und schwören für uns, und von wegen derer, so uns abgesandt, dafs wir von izund an und hinfürder treu und gewehr, unterthänig und gehorsam seyn wollen dem großmächtigsten Fürsten und

Herrn, Herrn **STIGISMUNDO AUGUSTO**, von Gottes Gnaden Könige in Polen und Groß Fürsten in Litthauen, in Reuffen, Preuffen, Masuren, Zamayten und Liefland Herrn und Erben, und seinen nachfolgenden Königen und der Krone Polen, den Groß-Fürsten und Groß-Herzogthumb Litthauen; wollen auch Sr. Königlichen Majestät, Königreich und Fürstenthümern beystehen, sowohl auch allen seinen Successoribus und Nachkommen, wider alle Feinde, wollen auch mit denselbigen, keine Handlung, keine Verbindniß, Anstand oder Vertrag machen oder aufrichten, ohne Sr. Königl. Majestät Consens und Bewilligung; sondern wollen uns in allen Dingen als getreue und gehorsahme Unterthanen zu jeder Zeit und Stelle erzeigen und verhalten. Heimliche Rathschläge und alle andere uns vertraute Befehle wollen wir der Königlichen

Majeſtät zu Nachtheil nicht offenbahren, ſondern getreulich ausrichten. Wollen auch alle böſe Practiquen und Fürnehmen wider den König, wo wir dieſelbigen im Geringſten ſpüren oder vermerken werden, vorkommen, verhüten, und nach unſerm Vermögen mit höchſtem treuen Fleiſſe abwenden und verhindern. Als wahr uns Gott helfe und das Bekenntniß der Wahrheit des heiligen Evangelii, ſo wahr auch das Creutze, Marter und Todt unſers Herrn Jeſu Chriſti.

